

17. II. 1918

Wochenchau.

H. A.—r. Der erste Friedensrausch über den Abschluß des Friedens mit der Ukraine und über die Beendigung des Kriegszustandes in Rußland ist vorüber und die ruhige, nüchterne Ueberlegung des Alltags ist wieder eingelehrt. Bei uns und noch weit mehr in Deutschland, das sich die Selbständigkeit der Entscheidung über die Erklärung Trojks vorbehalten hat. Zur endgiltigen Klärung des Verhältnisses zur Ukraine soll aber, wie es vielfach heißt, die Entscheidung auch über die rumänische Frage kommen. Man muß gar kein Fanatiker der Magenpolitik in der Kriegführung sein, um die letzten Ereignisse mit Genugtuung zu begrüßen. Die Möglichkeiten, die der Ukrainer Frieden für die Lebensmittelversorgung der Zentralmächte eröffnet, sind gewiß von hoher Bedeutung, aber mindestens so wichtig ist die Entlastung des gesamten Verkehrs, wie sie sich aus dieser umfangreichen Frontverkürzung, aus dieser Einengung des Kriegsgebietes ergeben dürfte. Entlastung des Verkehrs zur Front und von der Front, das bedeutet in demselben Maße Verringerung des Kriegsverbrauches an Kohle und des Kriegsbedarfes an Fahrbetriebsmitteln. Und was das heißt, das wird so recht klar, wenn man in Erinnerung bringt, daß man während dieser vier Kriegsjahre gelegentlich gezwungen war, den großen Hüttenwerken die Kohle, die sie für ihren Betrieb häufig nur unter größten Schwierigkeiten aufgebracht hatten, wieder wegzunehmen, um mit ihr den Fortbetrieb der nächstgelegenen Bahnunternehmung zu ermöglichen.

Die Knappheit an Kohle, der Mangel an Waggons und die Abnahme der Leistungsfähigkeit der Arbeiter bei fortwährendem Hinausschnellen der Lohnansprüche und der Forderungen nach Teuerungszulagen ist ja unstrittig kennzeichnend für die jetzige Lage der Montanunternehmungen. Das neue Jahr hat darin noch keine Besserung gebracht, im Monate Jänner sollen die Ergebnisse vielmehr bei einzelnen großen Unternehmungen einen früher nie verzeichneten Tiefstand erreicht haben. Und dies trotz der zweimaligen Preiserhöhung, die gerade der Jänner gebracht hatte!

Zum Jahresbeginn wurde der Stabeisenpreis um etwa 5 K und am 20. Jänner wieder um rund 10 K erhöht. Stabeisen und Träger notieren jetzt ab Werk 65 bis 75 K, ebenso Grobbleche, Feinbleche 80 bis 90 K, während die Preise vor dem Kriege 19 bis 20 K, für Grobbleche 22 K und für Feinbleche 26 K betragen. Kommt es zur Feststellung von Richtpreisen, so werden diese den jetzigen Produktionschwierigkeiten ganz so gerecht werden müssen, wie dies schon bei der bisherigen Preisfeststellung beabsichtigt war. Und von diesem Standpunkte aus werden die Preiserhöhungen der letzten Monate gewiß auch bei der Bemessung der Richtpreise zu werten sein. Daß die Entscheidung über die Frage der Richtpreise bei uns so viel schwerer als in Deutschland ist, kann nicht verkannt werden. Unsere Werke haben mit immer schwankenden Gestehungskosten zu rechnen, während dies in Deutschland schon dadurch wesentlich vereinfacht ist, daß dort so viele gemischte Betriebe bestehen, Betriebe, die als Selbstversorger von den Schwankungen des Kohlenpreises unabhängig sind. Unsere Eisenwerke aber sind vom Kohlenpreise abhängig, weil sie die Kohle kaufen müssen. Wenn wirklich Richtpreise — andere sprechen übrigens auch von Höchstpreisen — festgesetzt werden sollten und hierbei zugunsten dreimonatiger Geltung entschieden werden sollte, so würden dann wohl jedesmal auch die jeweiligen Schwankungen der Gestehungskosten in die Erscheinung treten.

Dieses Schwanken der Gestehungskosten wird ja übrigens nicht nur durch den Preis, sondern auch durch den Vorrat oder Mangel der Kohle hervorgerufen. Im letzten Jahre hat das Ausbleiben der Kohlenzufuhren mehrfach die zeitweilige Einstellung des Betriebes veranlaßt und wenn dies einige Wochen ange dauert hatte, sahen sich die Werke schon dadurch zu entsprechenden Preiserhöhungen gezwungen, Preiserhöhungen, mit deren Erlös sie sich für den aus der vorherigen Betriebseinstellung entstandenen Verlust einigermaßen schadlos hielten. Zu der Schwierigkeit und Teuerung der Kohlenversorgung kommt aber auch der Arbeiteraufwand. Die Lohnsätze und Teuerungszulagen steigen andauernd — neuestens spricht man auch von einer allgemeinen Erhöhung der Lohnsätze um zwanzig Prozent für alle unter dem Kriegsleistungsgesetz stehenden Betriebe. Dazu wird späterhin noch die Kohlensteuer kommen. Alles das läßt voraussehen, daß die Zeit der kompensationsmäßigen Preiserhöhungen keineswegs schon als abgeschlossen gelten kann, geschweige denn, daß schon die Zeit des Abbaues der Preise so bald einsetzen dürfte. Und insofern es sich hierbei, wie versichert wird, tatsächlich nur darum handelt, die Verteuerung der Gestehungskosten einigermaßen zu kompensieren, so wird eine Entscheidung zugunsten der Erstellung von Richtpreisen darin auch nicht viel ändern können.

Von diesem Standpunkte aus begreift man die Ertragsausfälle, die sich, sieht man von der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft, sowie von Wittkowitz ab, wo übrigens wieder manche Schwierigkeiten in der Lohnfrage herrschen, bei der Mehrzahl der großen und kleinen Montanunternehmungen eingestellt haben. Eine Besserung wäre zu erwarten, wenn die Klärung der Kriegslage im Osten den Verkehr dauernd wirklich so entlasten würde, wie man dies jetzt vielfach erhofft. Eine Erleichterung der jetzigen Schwierigkeiten wird sich übrigens doch wohl für den Beginn des Frühjahres, schon für den März erwarten lassen, da dann für den Hausbrand weit kleinere Mengen Kohle als jetzt erforderlich sein werden. Wenn da nicht neue Störungen eintreten sollten, wäre also schon für März oder April mit einer Entspannung auf dem Kohlen- und damit auch auf dem

Eisenmarkte zu rechnen. Und in den folgenden Monaten könnte dann wohl so manches eingeholt und hereingebracht werden, was bis dahin unter dem Drucke der außerordentlichen Verhältnisse dieses Winters eingebüßt worden ist.